

Spaltet China Taiwan?

Nach der Verabschiedung des »Anti-Sezessionsgesetzes«

Kay Möller

Das im März 2005 von Chinas Nationalem Volkskongreß verabschiedete »Anti-Sezessionsgesetz« könnte die Innenpolitik in Taiwan weiter polarisieren. Ende März versuchte die größte Oppositionspartei, die chinapolitische Initiative an sich zu bringen, indem sie in Peking über einen Ausbau der wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen verhandelte. In Taipei reagierte die Chen-Shuibian-Administration mit dem Vorwurf des Ausverkaufs nationaler Interessen und leitete eine Überprüfung der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Festland ein. Regierung wie Opposition gehen mit ihren Maßnahmen beträchtliche Risiken ein. Denn obwohl die Bevölkerung das »Anti-Sezessionsgesetz« mehrheitlich ablehnt, ist ihr doch gleichzeitig daran gelegen, daß eine Zunahme von Spannungen in der Taiwan-Straße vermieden wird.

Am 5. April 2005 wies Taiwans Präsident Chen Shuibian das Kabinett an, »unautorisierte« Festlandkontakte zu untersuchen und die Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China unter anderem auf ihre sicherheitspolitische Verträglichkeit zu überprüfen.

Chen reagierte damit auf den sogenannten »Zehnpunkte-Konsens«, den der stellvertretende Vorsitzende der größten Oppositionspartei Kuomintang (KMT) am 30. März mit dem Leiter des Amtes für Taiwan-Angelegenheiten beim Staatsrat der Volksrepublik unterzeichnet hatte. Darin hatte sich Peking unter anderem bereit erklärt, mit Taipei über die Ermöglichung von Fracht-Charterflügen, die Erleichterung landwirtschaftlicher Importe, eine Senkung der Hochschulgebüh-

ren für taiwanesischen Studenten und Kontakte zwischen lokalen Regierungen zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit sprach die chinesische Seite eine Einladung an den KMT-Vorsitzenden Lien Chan aus, die dieser mittlerweile angenommen hat.

Am 6. April erklärte der taiwanesischen Justizminister, es werde geprüft, ob sich der KMT-Delegationsleiter mit seiner amtlich nicht abgesegneten Unterzeichnung des »Zehnpunkte-Konsensus« des Hochverrats schuldig gemacht und gegen ein Gesetz über die Festlandbeziehungen von 1992 verstoßen habe.

Einen Monat zuvor noch hatten sich Chen Shuibian und der Führer der kleineren taiwanesischen Oppositionspartei People First Party (PPF), James Soong, in einer gemeinsamen Erklärung zu einer

Intensivierung des wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Austauschs mit China bekannt. Sie erwähnten dabei auch die Einrichtung von direkten Frachtflügen als Vorstufe zur Herstellung direkter Handels-, Transport- und Kommunikationsverbindungen mit dem Festland (Soong wurde inzwischen ebenfalls nach China eingeladen).

Taiwan zwischen Unabhängigkeitsstreben und Arrangement

Chinas »Anti-Sezessionsgesetz« vom 14. März 2005 basiert auf einem »Vereinigungsgesetz«, das die »Führungsgruppe der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) für Taiwan-Angelegenheiten« unter Vorsitz von Staats- und Parteichef Hu Jintao Anfang 2003 entworfen hatte. Damit reagierte Peking auf die von Chen Shuibian im August 2002 artikulierte Charakterisierung der Beziehungen zwischen Taiwan und China als zwischenstaatlich und auf dessen Eintreten für eine Volksabstimmung über eine taiwanesishe Unabhängigkeitserklärung. Zwar hatte Chen nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten im März 2004 unter amerikanischem Druck sowohl von dem Unabhängigkeits-Referendum als auch von der Zweistaatenformel Abstand genommen und für 2008 geplante Verfassungsänderungen auf eher technische Fragen des politischen Systems der Inselrepublik beschränkt. Die KPCh-Führung traute dem Vorsitzenden der Democratic Progressive Party (DPP) indes nach wie vor nicht, zumal die DPP-Statuten eine Verrechtlichung der De-facto-Unabhängigkeit der Inselrepublik verlangen.

Gleichzeitig sahen sich Hu Jintao und seine Kollegen angesichts eines erstarken Nationalismus daheim, für den sie auch selbst verantwortlich waren, nicht mehr in der Lage, auf die Einbringung des Gesetzes zu verzichten. Im September 2004 verständigten sich die Mitglieder des KPCh-Zentralkomitees auf einen kombinierten Ansatz aus geduldiger Gesprächsbereitschaft und Vorbereitung auf einen Krieg. Einen Monat später schlug Chen Shuibian

vor, auf Grundlage des sogenannten Hongkong-Konsensus von 1992 den Dialog wieder aufzunehmen. 1992 hatten sich beide Seiten in Hongkong grundsätzlich zu dem von Peking eingeforderten »Ein-China-Prinzip« bekannt, gleichzeitig aber vereinbart, unterschiedliche Interpretationen des Prinzips zuzulassen. Chen hatte es seit seiner ersten Wahl im März 2003 abgelehnt, dieses Prinzip als Ausgangspunkt für Verhandlungen zu akzeptieren, und war seither von der Gegenseite mit Nichtbeachtung gestraft worden.

Im Parlamentswahlkampf Ende 2004 führte Chen Shuibian seine Politik der Nadelstiche gegen Peking fort. So äußerte er im November 2004 die Absicht, den Namensbestandteil »China« bei Staatsunternehmen durch »Taiwan« ersetzen und diese Bezeichnung einheitlich für Auslandsvertretungen der Inselrepublik einführen zu lassen. Das Pro-Unabhängigkeitslager aus DPP und der kleineren und radikaleren Taiwan Solidarity Union (TSU) verfehlte jedoch im Dezember einmal mehr die absolute Sitzmehrheit. Chen trat als DPP-Vorsitzender zurück. Kurz zuvor hatten Umfragen ergeben, daß knapp 60 Prozent aller Bürger den Status quo sowohl einer (kurz- oder langfristigen) Formalisierung der De-facto-Unabhängigkeit (22 Prozent) als auch einer (kurz- oder langfristigen) Vereinigung mit China (13,6 Prozent) vorzogen. Drei Viertel der Befragten sprachen sich gegen die von Peking propagierte Anwendung der Hongkong-Formel »ein Land, zwei Systeme« und die darin implizierte Ungleichheit der Parteien nach einer Vereinigung aus.

Die KMT hatte sich seit geraumer Zeit für eine Vertagung des Souveränitätsproblems auf spätere Generationen und den Ausbau der wirtschaftlichen und sonstigen Kontakte zum Festland engagiert. Im Januar 2005 verbuchte sie einen ersten Erfolg, als sechs ihrer Abgeordneten in Peking eine Verständigung über die Durchführung von Direkt-Charterflügen erzielten, dank derer taiwanesishe Geschäftsleute ohne den von Taipei üblicherweise vorgeschriebenen Zwischenstop in Hongkong zur Feier des

chinesischen Neujahrsfestes heimreisen konnten. Die technischen Details wurden zwischen den beteiligten staatlichen Luftlinien ausgehandelt, womit die taiwanische Regierung gerade noch die Degradierung zum unbeteiligten Dritten gesichtswahrend vermeiden konnte.

Das »Anti-Sezessionsgesetz«

Chinas »Anti-Sezessionsgesetz« vom 14. März 2005 brachte in der Sache nichts Neues (Peking hatte die Kombination von Verhandlungsofferten und Gewaltandrohung seit Ende der siebziger Jahre praktiziert). In mancher Hinsicht signalisierte es gar einen atmosphärischen Fortschritt. So wird auf die Bezeichnung »Vereinigungsgesetz« und einen Zeitplan für die Vereinigung verzichtet; Verhandlungen sollen auf Grundlage der Gleichberechtigung geführt werden, die Hongkong-Formel wird gar nicht erst erwähnt. Allerdings wird die chinesische Regierung auf den Einsatz »nichtfriedlicher Mittel« verpflichtet, falls nicht konkretisierte Sezessionstendenzen auftreten oder Verhandlungen definitiv scheitern.

Die DPP bezeichnete das Gesetz als Kriegserklärung. Chen Shuibian führte am 26. März eine Massendemonstration gegen das verabschiedete Gesetz an, ohne dabei jedoch das Wort zu ergreifen. Die Bush-Administration ging mit ihrer – zuvor nur hinter verschlossenen Türen geäußerten – Kritik an dem Gesetz an die Öffentlichkeit, nachdem beide Häuser des Kongresses ihrer Betroffenheit Ausdruck verliehen hatten.

Angesichts dieser Entwicklungen ging die KMT mit ihrer Entscheidung, erstmals seit 1949 eine offizielle Delegation nach China zu entsenden, ein erhebliches Risiko ein. Die DPP warf ihr denn auch umgehend vor, sich der KPCh als Propagandainstrument anzudienen.

Dabei mußte die taiwanische Führung befürchten, die Wähler könnten den Eindruck gewinnen, daß sie die china-politische Initiative verliert. Sie appellierte folglich einmal mehr an die chinesische

Regierung, Gespräche mit ihr aufzunehmen, auch wenn der Zeitpunkt hierfür »nicht günstig« sei.

Die Polarisierung der taiwanischen Politik

Chen Shuibians Direktive vom 5. April 2005 belegt die Absicht des Präsidenten, das negative Echo auf das »Anti-Sezessionsgesetz« für die im Mai anberaumten Wahlen zur Nationalversammlung zu nutzen (die Nationalversammlung, eine Art Oberhaus, müßte jeder vom Parlament beschlossenen Verfassungsänderung zustimmen). Die chinapolitischen Leitlinien von DPP und KMT hatten sich seit Ende der neunziger Jahre zusehends angenähert. Auch die KMT sah sich genötigt, einer infolge des 1987 begonnenen Demokratisierungsprozesses erstarkten taiwanischen Identität Rechnung zu tragen. Chen hatte 2003 mit seinem Eintreten für Volksbefragungen und Verfassungsänderungen ein neues Wahlkampfthema gefunden, das ihm im folgenden Jahr noch einmal die Präsidentschaft sicherte. Allerdings waren schon damals zwei zeitgleich mit der Wahl des Präsidenten veranstaltete Referenden über eine Anhebung des Verteidigungshaushalts und ein Angebot zur Vertrauensbildung an China an mangelnder Beteiligung gescheitert. Die späteren Parlamentswahlen ließen die Präferenz einer Wählermehrheit für den Status quo unmißverständlich erkennen. Chen würde also seinerseits mit einer eindeutigen Distanzierung von dem versöhnlichen Kurs der KMT gegenüber Peking ein großes Risiko eingehen.

Gleichzeitig signalisiert er der Volksrepublik, wer in Taiwan bis 2008 das Sagen hat, und trägt in der KMT möglicherweise zu einer Verschärfung des Machtkampfes um die Nachfolge des Vorsitzenden Lien Chan bei (einer der aussichtsreichsten Kandidaten, der Bürgermeister von Taipei, Ma Ying-jeou, hatte sich anders als die meisten seiner Kollegen offen kritisch zum »Anti-Sezessionsgesetz« geäußert).

Die Rolle Dritter

Diese Gemengelage wird durch die Geltendmachung der Interessen Dritter zusätzlich kompliziert. Die USA sind Taiwans wichtigster militärischer Rückhalt und trotz wiederholter Dementis durch innerstaatliches Recht nahezu verpflichtet, im Falle eines chinesischen Angriffs zu intervenieren. Die Bush-Administration sieht sich allerdings im Mittleren Osten und auf der Koreanischen Halbinsel mit dringlicheren Problemen konfrontiert. In der Taiwan-Straße engagiert sie sich für eine einvernehmliche Stabilisierung des Status quo. Solange ihr Erfolg versagt bleibt, oszilliert amerikanische Politik zwischen Peking-kritischen und Taipei-kritischen Erklärungen, die ihrerseits zur Polarisierung der politischen Landschaft in Taiwan beitragen.

So haben die USA eine zügige Aufrüstung der chinesischen Luft- und See-streitkräfte und den stetigen Ausbau eines Taiwan gegenüber dislozierten Arsenal von derzeit ca. 600 Kurzstreckenraketen konstatiert, die mit konventionellen Waffen bestückt sind. Gleichzeitig haben sie ihre militärische Zusammenarbeit mit Taiwan seit 2001 ausgebaut, um die Interoperabilität der beiden Streitkräfte zu verbessern. Das Pentagon befürchtet vor allem, von einem chinesischen Angriff überrascht zu werden, und verlangt unter anderem eine Erhöhung der taiwanesischen Verteidigungsausgaben, damit amerikanische oder durch die USA vermittelte Waffensysteme importiert werden können. Dies wird von der Opposition in Taiwan bisher unter Verweis auf die Kosten abgelehnt.

Krisenszenarien werden inzwischen auch von solchen externen Akteuren erörtert, die in der Vergangenheit versucht hatten, sich einer Involvierung zu entziehen. Seit es Washington im Februar 2005 gelungen ist, Tokyo bei der Formulierung gemeinsamer strategischer Ziele zu einer Erwähnung des Taiwan-Problems zu bewegen, hat dies zu einer weiteren Zuspitzung im japanisch-chinesischen Verhältnis beigetragen.

Innerhalb der Europäischen Union bedeutete die Verabschiedung des »Anti-Sezessionsgesetzes« einen Rückschlag insbesondere für Frankreich und Deutschland, die sich für eine Aufhebung des seit 1989 verhängten EU-Waffenembargos gegen China eingesetzt hatten. Mit der Aufhebung wird kaum noch vor 2006 gerechnet, und sie wird mit einer schon länger diskutierten deutlichen Verschärfung des gemeinsamen Verhaltenskodex für Rüstungsexporte von 1998 einhergehen. Je nach der resultierenden japanischen bzw. europäischen Politik kann sich in Taiwan das eine oder das andere Lager bestätigt fühlen.

Folglich ist auch Peking grundsätzlich ein Risiko eingegangen. Die Kombination von »Anti-Sezessionsgesetz« und Kontaktsperre gegen Chen Shuibian dürfte das Unabhängigkeitslager in Taiwan angesichts des Sicherheitsbedürfnisses der Wähler allenfalls vorübergehend in die Defensive bringen. Vorübergehend, weil die nächste Wählergeneration die internationale Gleichberechtigung der erfolgreichen Demokratie sehr viel unverhohlener einfordern wird. Und weil die Stimulierung eines aggressiven chinesischen Nationalismus Chinas »Aufstiegs«-Projekt um Jahrzehnte zurückwerfen würde.

Empfehlungen

Deutsche und europäische Politik müssen sich angesichts dieser Entwicklungen mit den politischen und sicherheitspolitischen Aspekten der Taiwanfrage auseinandersetzen, denen sie im Interesse eines Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen zu China bislang weitgehend ausgewichen sind. Dabei reichen Appelle zur friedlichen Beilegung des Konflikts durch beide Seiten nicht mehr aus. Vielmehr muß der demokratischen Dynamik taiwanesischer Politik künftig vermehrt Rechnung getragen werden. Schließlich sollten der china- und taiwanpolitische Dialog mit den USA und Japan intensiviert werden, die im Falle einer Eskalation des Konflikts anders als Europa das Hauptrisiko tragen würden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364